

An die **Gemeinde Tisens**

Mail: thomas.schwienbacher@tisens.eu

Prot. 09.03.03

GRUNDGEBÜHR FÜR DIE BEWIRTSCHAFTUNG DER HAUSABFÄLLE – JAHR 2021
Antrag auf Ermäßigung für Abnehmer Nicht-Haushalte (andere Arten der Nutzung)

Beschluss Gemeindeausschuss Nr. 360 vom 27.07.2021
(befreit von der Stempelsteuer gemäß Art. 8, Tabelle Anlage B, DPR Nr. 642/1972)

Einreichfrist 30.09.2021

Der/die Unterfertigte _____ Tel. _____
Steuernummer _____ geb. in _____ Prov.
(_____), am _____ wohnhaft in _____
Prov.(_____), Straße _____ Nr. _____,
Inhaber/in bzw. gesetzlicher/e Vertreter/in des Betriebes /Unternehmen _____

Steuernummer _____ MwSt. Nr. _____
Sitz in _____ Straße _____ Nr. _____,
INI-PEC-Adresse _____,

im Bewusstsein der strafrechtlichen Folgen im Falle von Falschaussagen, von Urkundenfälschung und von Gebrauch und Vorweisung falscher Urkunden, die Daten beinhalten, die nicht mehr der Wahrheit entsprechen, im Sinne der Art. 75 und Art. 76 DPR Nr. 445/2000, welche die Verwirkung der daraus entstandenen Rechte und die Anzeigepflicht bei der zuständigen Behörde vorsehen,

BEANTRAGT

die Ermäßigung der Grundgebühr für die Bewirtschaftung der Hausabfälle um 50%
(maximal möglicher Prozentsatz der Ermäßigung) für das Jahr 2021 aufgrund folgender
Tatsachen:

(Zutreffendes ankreuzen)

im Laufe des Jahres 2021 und bis zum Zeitpunkt der Einreichung des Antrags auf Ermäßigung war die eigene Wirtschaftstätigkeit für mehr oder weniger lange Zeiträume aufgrund einer oder mehrerer Dringlichkeitsmaßnahmen des Landeshauptmannes bei Gefahr im Verzug zwangsgeschlossen;

im Laufe des Jahres 2021 und bis zum Zeitpunkt der Einreichung des Antrags auf Ermäßigung war die Ausübung der eigenen Wirtschaftstätigkeit aufgrund des COVID-19-Notfalls eingeschränkt, obwohl sie nicht der Aussetzung der Tätigkeit unterlag;

im Zeitraum vom 1. April 2020 bis zum 31. März 2021 wurde ein Gesamtumsatzrückgang von mindestens 30 Prozent im Vergleich zum Gesamtumsatz im Zeitraum vom 1. April 2019 bis zum 31. März 2020 verzeichnet. Für die Ermittlung des Gesamtumsatzrückganges gelten folgende Bestimmungen:

- a) Der Gesamtumsatzrückgang für die oben genannten Zeiträume wird aufgrund der in den vierteljährlichen Mehrwertsteuererklärungen in den Zeilen VP2 angegebenen Beträge ermittelt. Die relevanten vierteljährlichen Mehrwertsteuererklärungen müssen zusammen mit gegenständlichem Antrag auf Gebührenermäßigung eingereicht werden.
- b) Im Fall von Abnehmern Nicht-Haushalte, die vom Einreichen der vierteljährlichen Mehrwertsteuererklärung befreit sind, wird als Kriterium zur Bemessung des Gesamtumsatzes im Sinne der Richtlinien „COVID-19 Zuschüsse an Kleinunternehmer“ laut Anhang A zum Beschluss der Landesregierung Nr. 270 vom 15. April 2020, für die oben genannten Zeiträume die Summe der ausgestellten Rechnungen, Belege und Tagesinkassi herangezogen, jeweils unabhängig von deren Inkasso. In diesem Fall muss der Abnehmer Nicht-Haushalte bei der Gemeinde eine Erklärung vorlegen, in der anhand der entsprechenden Eckdaten der Rückgang des Gesamtumsatzes sowie sein konkretes Ausmaß

aufgezeigt wird, so dass die Gemeinde den Rückgang problemlos nachvollziehen kann. Die Gemeinde hat jederzeit das Recht, die dieser Erklärung zugrunde liegende Dokumentation zu verlangen.

- c) Für Abnehmer Nicht-Haushalte, welche im Zeitraum vom 1. April 2019 bis zum 31. März 2021 eingegliedert, ausgegliedert oder umgewandelt wurden oder von sonstigen außerordentlichen Geschäftsoperationen betroffen waren, wird auf die Regeln verwiesen, die in den Anwendungsrichtlinien zum Artikel 25 des Gesetzesdekretes vom 19. Mai 2020, Nr. 34, mit Gesetz vom 17. Juli 2020, Nr. 77, abgeändert und zum Gesetz erhoben, und insbesondere auf die Rundschreiben der Agentur für Einnahmen Nr. 15/E vom 13. Juni 2020 und Nr. 22/E vom 21. Juli 2020 enthalten sind sowie auf allfällige weitere Rundschreiben in diesem Bereich. In diesem Fall muss der Abnehmer Nicht-Haushalte bei der Gemeinde eine Erklärung vorlegen, in der anhand der entsprechenden Eckdaten der Rückgang des Gesamtumsatzes sowie sein konkretes Ausmaß aufgezeigt wird, so dass die Gemeinde den Rückgang problemlos nachvollziehen kann. Die Gemeinde hat jederzeit das Recht, die dieser Erklärung zugrunde liegende Dokumentation zu verlangen.
- d) Abnehmer Nicht-Haushalte, die vor dem 1. April 2019 noch keine Tätigkeit begonnen haben, werden jenen gleichgestellt, die in den oben genannten Zeiträumen einen Gesamtumsatzrückgang von mindestens 30 Prozent aufweisen. Als Zeitpunkt für den Beginn der Tätigkeit bzw. Tätigkeiten gilt die Eröffnung der Mehrwertsteuerposition, als Zeitpunkt für das Ende der Tätigkeit bzw. Tätigkeiten gilt ihre Abmeldung.

Zu diesem Zweck werden folgende Dokumente beigelegt:

- Eigenbescheinigung (Ersatzerklärung gemäß Art. 46 und 47 des DPR Nr. 445/2000), die die Tage der zwangsweisen Schließung/Aussetzung der Wirtschaftstätigkeit oder die Beschränkungen bei der Ausübung der Wirtschaftstätigkeit aufgrund der COVID-19-Pandemie im Jahr 2021 bescheinigt, sowie Angabe des ATECO-Codes der Tätigkeit(en) und Angabe des Datums Beginn der Tätigkeit(en), unterzeichnet vom Inhaber oder gesetzlichen Vertreter mit Anlage des entsprechenden Ausweisdokumentes;
- für die Abnehmer Nicht-Haushalte, welche zum Einreichen der vierteljährlichen Mehrwertsteuererklärungen verpflichtet sind, Kopien aller für den Zeitraum vom 1. April 2019 bis zum 31. März 2021 eingereichten vierteljährlichen Mehrwertsteuererklärungen;
- für die Abnehmer Nicht-Haushalte, welche vom Einreichen der vierteljährlichen Mehrwertsteuererklärungen befreit sind, eine Erklärung, in der anhand der entsprechenden Eckdaten der Rückgang des Gesamtumsatzes sowie sein konkretes Ausmaß aufgezeigt wird, so dass die Gemeinde den Rückgang problemlos nachvollziehen kann;
- für die Abnehmer Nicht-Haushalte, welche im Zeitraum vom 1. April 2019 bis zum 31. März 2021 eingegliedert, ausgegliedert oder umgewandelt wurden oder von sonstigen außerordentlichen Geschäftsoperationen betroffen waren, eine Erklärung, in der anhand der entsprechenden Eckdaten der Rückgang des Gesamtumsatzes sowie sein konkretes Ausmaß aufgezeigt wird, so dass die Gemeinde den Rückgang problemlos nachvollziehen kann.

Datum

Der/die Antragsteller/e

Er/sie erklärt in Kenntnis zu sein, dass im Sinne des gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 196/2003 und im Sinne der EU-Datenschutz-Verordnung Nr. 679/2016 die erhobenen Personaldaten, auch mit Telekommunikationsmittel, ausschließlich im Bereich des Verfahrens, für welches die Erklärung abgegeben wird, oder auf Antrag des/der Erklärenden auch für andere Verfahren gehandhabt werden. Er/sie erklärt, die Information über den Datenschutz gelesen und verstanden zu haben, und erklärt sich mit dessen Inhalt einverstanden.

Datum

Der/die Antragsteller/e

Der vorliegende Antrag muss, **bei sonstigem Verfall, samt Anlage/n**, mittels PEC an die folgende Adresse **tisens.tesimo@legalmail.it innerhalb des 30.09.2021**, übermittelt werden. Der Antrag muss digital unterzeichnet sein oder dem unterschriebenen Antrag muss die Fotokopie eines gültigen Ausweises des Antragstellers/der Antragstellenden beigelegt werden.

TARIFFA BASE PER LA GESTIONE DEI RIFIUTI URBANI – ANNO 2021
Domanda di riduzione per utenze non domestiche (altre utenze)
(Deliberazione della Giunta Comunale n. 360 del 27.07.2021)
(esenzione bollo art. 8, allegato B tabella, D.P.R. n. 642/1972)

Scadenza di presentazione 30.09.2021

Il/la sottoscritto/a _____ tel. _____

codice fiscale _____ nato/a _____

Prov. (____), il _____ residente in _____

Prov.(____), via _____ n. _____,

titolare risp. legale rappresentante dell'esercizio/dell'impresa _____

codice fiscale _____ Partita IVA _____

con sede in _____ Via _____

indirizzo mail INI-PEC _____

consapevole delle responsabilità penali nel caso di dichiarazioni mendaci, di falsità negli atti, di uso o di esibizione di atti falsi, contenenti dati non più rispondenti a verità ai sensi degli art. 75 e 76 D.P.R. n. 445/2000 che prevedono la decadenza dai benefici e l'obbligo di denuncia all'autorità competente,

CHIEDE

la riduzione della tariffa base per la gestione dei rifiuti urbani del 50% (percentuale di riduzione massima concedibile) per l'anno 2021 in quanto:
(barrare la casella corrispondente)

nel corso del 2021 e fino alla data di presentazione della domanda di riduzione ha subito per periodi più o meno prolungati la chiusura obbligatoria dell'attività economica a seguito di una o più ordinanze del Presidente della Provincia autonoma di Bolzano contingibili e urgenti;

nel corso del 2021 e fino alla data di presentazione della domanda di riduzione ha subito delle restrizioni nell'esercizio della propria attività economica a causa dell'emergenza COVID-19, pur non essendo soggetto a sospensioni dell'attività;

per il periodo intercorrente dal 1° aprile 2020 al 31 marzo 2021 ha registrato un calo del volume di affari complessivo pari almeno al 30 per cento rispetto al volume di affari complessivo per il periodo intercorrente dal 1° aprile 2019 al 31 marzo 2020. Per la determinazione del calo del volume d'affari complessivi si applicano le seguenti disposizioni:

- a) Il calo del volume di affari complessivo per i summenzionati periodi viene rilevato in base agli importi indicati nei righe VP2 delle comunicazioni liquidazioni periodiche IVA trimestrali. Le relative comunicazioni liquidazioni periodiche IVA trimestrali devono essere presentate assieme alla presente domanda di riduzione della tariffa.
- b) Per le utenze non domestiche esonerate dalla presentazione delle comunicazioni liquidazioni periodiche IVA trimestrali come criterio di misurazione del volume di affari per i summenzionati periodi si utilizza, ai sensi dei criteri "COVID-19 Sussidi alle piccole imprese" di cui all'Allegato A della deliberazione della Giunta provinciale n. 270 del 15 aprile 2020, la somma delle fatture emesse, delle ricevute e dei corrispettivi giornalieri, indipendentemente dal loro effettivo incasso. In questo caso l'utente non domestico deve presentare al Comune una dichiarazione nella quale, indicando i dati di rilievo, evidenzia il calo del volume d'affari complessivo e la sua entità, di modo che il Comune

possa facilmente riscontrare tale calo. Il Comune ha il diritto di richiedere in qualsiasi momento la documentazione su cui si basa la dichiarazione.

- c) Per le utenze non domestiche che nel periodo dal 1° aprile 2019 al 31 marzo 2021 sono state incorporate, scisse, trasformate o soggette ad altre operazioni straordinarie si fa riferimento ai regolamenti contenuti nelle linee guida per l'applicazione dell'articolo 25 del decreto- legge 19 maggio 2020, n. 34, convertito, con modificazioni, dalla legge 17 luglio 2020, n. 77, in particolare alle circolari dell'Agenzia delle Entrate n. 15/E del 13 giugno 2020 e n. 22/E del 21 luglio 2020 nonché alle eventuali ulteriori circolari in materia. In questi casi l'utente non domestico deve presentare al Comune una dichiarazione nella quale, indicando i dati di rilievo, evidenzia il calo del volume d'affari complessivo e la sua entità, di modo che il Comune possa facilmente riscontrare tale calo. Il Comune ha il diritto di richiedere in qualsiasi momento la documentazione su cui si basa la dichiarazione.
- d) Gli utenti non domestici che hanno iniziato l'attività dopo il 1° aprile 2019 sono equiparati a coloro che hanno avuto un calo del volume d'affari complessivo pari almeno al 30 per cento nei summenzionati periodi. La data di inizio dell'attività o delle attività è quella di apertura della relativa posizione IVA e la data di chiusura dell'attività o delle attività è quella di cancellazione della medesima posizione IVA.

A tal fine si allegano i seguenti documenti:

- autocertificazione (dichiarazione sostitutiva ai sensi degli art. 46 e 47 del D.P.R. n. 445/2000) attestante i giorni di chiusura/sospensione obbligatoria dell'attività economica oppure attestante le restrizioni nell'esercizio dell'attività economica a causa della pandemia COVID-19 nell'anno 2021 e con indicazione del codice ATECO dell'attività/delle attività e con indicazione della data di inizio di attività, sottoscritta dal titolare o legale rappresentante allegando il relativo documento di identità;
- per gli utenti non domestici che sono obbligati a presentare le comunicazioni liquidazioni periodiche IVA trimestrali, copie di tutte le comunicazioni presentate per il periodo dal 1° aprile 2019 al 31 marzo 2021;
- per gli utenti non domestici che non sono obbligati a presentare le comunicazioni liquidazioni periodiche IVA trimestrali, una dichiarazione nella quale, indicando i dati di rilievo, si evidenzia il calo del volume d'affari complessivo e la sua entità, di modo che il Comune possa facilmente riscontrare tale calo;
- per gli utenti non domestici che nel periodo dal 1° aprile 2019 al 31 marzo 2021 sono stati incorporati, scissi, trasformati o soggetti ad altre operazioni straordinarie una dichiarazione nella quale, indicando i dati di rilievo, si evidenzia il calo del volume d'affari complessivo e la sua entità, di modo che il Comune possa facilmente riscontrare tale calo.

Data

Il/La Richiedente

Il Sottoscritto/la sottoscritta dichiara di essere informato/a, ai sensi e per gli effetti di cui al decreto legislativo n. 196/2003 e di cui al regolamento UE sulla Protezione dei dati personali n. 679/2016, che i dati personali raccolti saranno trattati, anche con strumenti informatici, esclusivamente nell'ambito del procedimento, per il quale la presente dichiarazione viene resa, o, su istanza di parte, nell'ambito di altri procedimenti amministrativi. Il Sottoscritto/la sottoscritta dichiara di avere letto e compreso l'informativa sulla privacy, i cui contenuti vengono da esso/da essa accettati.

Data

Il/La Richiedente

*La presente richiesta deve essere inviata via PEC al seguente indirizzo **tisens.tesimo@legalmail.it**, a pena di decadenza, unitamente all'allegato/agli allegati entro il **30.09.2021**. La richiesta deve essere firmata digitalmente oppure alla richiesta con firma autografa dovrà essere allegata copia del documento di identità in corso di validità del richiedente.*